

Grüne Impulse für Ostdeutschland

Fritz Kuhn und Peter Hettlich

Unter Mitarbeit von:

Cornelia Behm, Katrin Göring-Eckardt, Monika Lazar, Harald Terpe,

Kai Gehring, Britta Haßelmann, Priska Hinz, Brigitte Pothmer

sowie Frank Augsten, Christoph Erdmenger, Stefan Gelbhaar, Co-Pierre Georg,

Antje Hermenau, Ska Keller, Elisabeth Schroedter, Jürgen Suhr

**Sperfrist der Veröffentlichung des Papiers ist der Beginn des Ostkongresses der
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen am 12. Dezember 2008**

Grünes Leitbild für Ostdeutschland

Starke Akteure – starke Regionen – neue Entwicklungspfade

Bündnisgrüne Politik für Ostdeutschland vertraut auf aktive Menschen und vorhandenes Potenzial. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die lokales Engagement befördern und nicht behindern. Wir schaffen Netzwerke und unterstützen Menschen vor Ort, die anpacken, sich engagieren und sich für ihre Region stark machen. Unsere Botschaft lautet:

„Bleibt hier. Kommt her. Hier geht was.“

Die anhaltende Abwanderung junger, gut ausgebildeter Menschen ist eine besondere Schwierigkeit für die Gesellschaft und die Wirtschaft in Ostdeutschland. Dabei ist es für junge Leute durchaus eine Bereicherung zu Ausbildung oder zum Sammeln beruflicher Erfahrungen „in die Fremde zu gehen“. Wir wollen Ostdeutschland als Lebens- und Arbeitsraum so stärken, dass junge Menschen hier bleiben können, wiederkommen wenn sie weg waren oder auch neu nach Ostdeutschland kommen. Nur so können wir die sich abzeichnende Lücke bei Fachkräften und Hochqualifizierten schließen.

Der "Nachbau West" hat sich als ungeeignetes Leitbild für den "Aufbau Ost" erwiesen. Demografische Entwicklung und Globalisierung treffen in Ostdeutschland auf regionale Besonderheiten wie industrielle Umstrukturierung und zu wenig private Industrieforschung sowie ländliche Räume mit kleinteiligen Wirtschaftsstrukturen. Technokratische und industriepolitische Strategien allein werden diesen Herausforderungen nicht gerecht. Auf die eigenen Potenziale zu setzen, den Blick über den Tellerrand zu wagen und neuen Entwicklungen die Pfade zu ebnet – darin sehen wir Grüne die Chance für eine solide und eigenständige Entwicklung Ostdeutschlands.

Ostdeutschland 2020 braucht engagiertes, kreatives und mutiges Handeln von Zivilgesellschaft, Unternehmen und Staat. Unsere Überlegungen zu den Entwicklungsperspektiven in Ostdeutschland werden von folgenden Grundgedanken geleitet:

Eigene Potenziale nutzen

Bündnisgrüne Politik für den Osten setzt auf die Potenziale der ostdeutschen Bundesländer. Ersetzt man zum Beispiel die Energieimporte schrittweise durch eigene Energieproduktion aus erneuerbaren Energien, hat das spürbare Auswirkungen auf Arbeitsplätze, Investitionen, Wirtschaftskraft und damit auf die Lebensverhältnisse in den Regionen.

Selbstbestimmung hat für Bündnis 90/Die Grünen eine zentrale Bedeutung. Aus diesem Ziel leiten wir unsere Überlegungen zur Stärkung der Kultur der Selbstständigkeit und zur Unterstützung für Unternehmensgründerinnen und -gründer ab. Grüne Wirtschaftspolitik bedeutet, Raum für die Entdeckung und Verwirklichung neuer Ideen zu schaffen.

Neuland denken und Strukturen anpassen

Wir begegnen der demografischen Entwicklung offensiv. Das heißt für uns, diese Entwicklung anzunehmen und realistisch weiterzudenken. Es gilt Antworten zu finden, wie Lebensqualität auch bei Schrumpfung erhalten und neu gestaltet werden kann.

Wir denken dabei in flexiblen Konzepten und nicht in starren Institutionen. Förderpolitik, Infrastruktur, Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und Verwaltungsstrukturen müssen an die neuen Gegebenheiten angepasst werden. Zivilgesellschaftliches Engagement muss anerkannt und gefördert werden.

Lösungen „von unten“ finden

Wettbewerbe um die besten Strategien und Konzepte sind wirksamer als Förderprogramme und Förderrichtlinien „von oben“. Oft verschwenden die Antragsteller zuviel Kraft und Zeit in die Anpassung ihrer kreativen Ideen an Förderrichtlinien der Verwaltung. Durch die Übertragung von mehr Verantwortung und Autonomie auf die unteren Ebenen werden die BürgerInnen in die Region eingebunden und in Entscheidungen einbezogen. Das setzt voraus, dass man wirklich Vertrauen in die Menschen und ihre Fähigkeiten hat und sie nicht zu passiven Fördermittel- und Transferempfängern macht.

Ostdeutschland im Jahr 2020, das ist für uns:

eine offene, tolerante und lebendige Bürgergesellschaft,

- in der Menschen ihre Umgebung aktiv mit gestalten.
- in der zu demokratischem Engagement ermuntert wird,
- die neuen, kreativen Freiraum schafft.
- die allen Menschen jeglicher Herkunft und neuen Ideen aufgeschlossen und wohl wollend gegenübersteht.

eine herausragende Bildungs- und Forschungslandschaft,

- mit einem durchlässigen Bildungssystem, das gute Bildung für alle von Anfang an gewährleistet.
- mit einem zertifizierten, für alle zugänglichen Weiterbildungssystem, das auch Geringqualifizierten, Teilzeitbeschäftigten, Frauen nach der Familienphase, Langzeitarbeitslosen und älteren Menschen wieder Perspektiven eröffnet.
- mit exzellenten Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die als regionale Innovationsmotoren agieren.

energieautonome Regionen,

- in denen regionale und lokale Energiekonzepte für zusätzliche, eigene Wertschöpfung sorgen.
- die durch eine dezentrale und unabhängige Energieerzeugung spürbare Entlastung für Bürgerinnen und Bürger garantiert.

kraftvolle Wachstumskerne,

- die auf angrenzende Regionen ausstrahlen.
- in denen global vernetzte, innovative und exportstarke Unternehmen sich im internationalen Wettbewerb behaupten.

- in denen Unternehmen in Zukunftsbranchen wie Umwelttechnologie, Biotechnologie, Mikroelektronik oder Kreativwirtschaft dynamisch wachsen.

eine starke Regionalwirtschaft,

- mit kleinen und flexiblen, sich ergänzenden und vernetzenden Unternehmen,
- mit optimalen Rahmenbedingungen und angepassten Kreditprogrammen für ExistenzgründerInnen.
- die die Potenziale von Umwelttechnologien, insbesondere der Energieeinsparung und der Erhöhung der Energieeffizienz nutzt und so für zusätzliche Innovationen und Beschäftigungseffekte vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen sorgt.

attraktive ländliche Regionen,

- in denen die Potenziale der Kultur- und Naturlandschaft nachhaltig genutzt werden.
- in denen Akteure sich vernetzen und integrierte Konzepte aus Biolandwirtschaft, Tourismus, Gesundheitswirtschaft und lokalem Handwerk entwickeln.

Wir präsentieren mit diesem Papier **15 Impulse**, mit denen unsere Vision von Ostdeutschland im Jahre 2020 Schritt für Schritt zur Realität werden kann. Wir zeigen exemplarisch, dass Ideen, die auf bündnisgrünen Grundüberzeugungen aufbauen, Perspektiven für ostdeutsche Regionen bieten. Wir suchen nach neuen Wegen für die neuen Länder, die – wenn erfolgreich besritten – auch für die Entwicklung in anderen Regionen einmal als Blaupause dienen könnten.

Ostdeutschland im Jahr 2020 ist eine Region im Herzen Europas, die große Herausforderungen annimmt und neue Entwicklungspfade beschreitet. Darauf wollen wir die Politik und die zur Verfügung stehenden Mittel ausrichten.

Grüne Impulse für Ostdeutschland

Impuls Eins:

Solidarpaktmittel für Ausgaben in Bildung, Forschung und Innovation öffnen

Bündnis 90/Die Grünen stehen uneingeschränkt zu den Vereinbarungen des Solidarpaktes II. Im sogenannten Korb 1 stehen ab 2009 noch ca. 64 Milliarden Euro, im Korb 2 noch ca. 35 Milliarden Euro zur Verfügung. Finanzielle Mittel sind also vorhanden. Sie werden aber von Jahr zu Jahr weniger. Auch deshalb kommt es darauf an, jetzt zu handeln und die Politik gezielt auf Ostdeutschland im Jahre 2020 auszurichten. Hierfür müssen die Mittel dringend klüger eingesetzt werden, als dies bislang geschieht.

Wir wollen mehr Mittel in das ostdeutsche Bildungssystem und in den Forschungsstandort Ostdeutschland leiten. Die größten wirtschaftlichen Entwicklungschancen für die neuen Bundesländer liegen in den teilweise noch sehr jungen und forschungintensiven Zukunftsfeldern Umwelt-, Energie-, Bio- und Nanotechnologie sowie in den Technologiefeldern optische, Informations- und Kommunikationstechnologie und in der Gesundheitswirtschaft. Welche Entwicklungsdynamik in diesen Bereichen möglich ist, zeigen beispielhaft die Entwicklungen der Solaranlagenhersteller Q-Cells in Thalheim, Solarworld in Freiberg oder Ersol in Erfurt. Ostdeutschland braucht mehr solcher Erfolgsgeschichten.

Bedauerlicherweise wird der Begriff der Investitionen im Solidarpakt immer noch nach finanzstatistischen Kriterien abgegrenzt, so dass in erster Linie Bau- und Anlageinvestitionen als echte „Investitionen“ gelten. Darunter fallen auch so bekannte Investitionsruinen wie der Lausitz-Ring, die Chip-Fabrik oder so manches leerstehende Gewerbegebiet.

Wir fordern demgegenüber eine zeitgemäße Abgrenzung des Investitionsbegriffes nach dem Konzept der wachstums- und nachhaltigkeitswirksamen Ausgaben (WNA), das auch Investitionen in eine qualitativ hochwertige und vielfältige Bildungslandschaft sowie in Grundlagen- und wirtschaftsnahe Forschung mit einschließt. Für einen Teil der Solidarpaktgelder, den sogenannten Korb 2 (ca. 51 Milliarden Euro bis 2019), wurde 2006 explizit auch die Verwendung der Gelder für „Innovation, Forschung und Entwicklung und Bildung“ für zulässig erklärt. Diese sinnvolle Erweiterung muss ab sofort für sämtliche Solidarpaktmittel gelten.

Impuls Zwei

INVESTITIONSZulage in INNOVATIONSZulage umwandeln

Im Korb 2 sind die überproportionalen Ausgaben des Bundes in den neuen Ländern zusammengefasst. In 2005 und 2006 wurden aus dem Korb 2 fünfmal mehr Bundesmittel für die Politikfelder Verkehr und klassische Wirtschaftsförderung als für das Politikfeld Innovation, Forschung und Entwicklung (F&E), Bildung ausgegeben. Dieses Verhältnis wollen wir zugunsten der F&E-Ausgaben deutlich verschieben. Mit den Kosten für zehn Kilometer der Autobahn A 14 – finanziert aus Solidarpaktmitteln – kann auch ein Fraunhofer-Institut finanziert werden.

Wir wollen die Investitionszulage in eine Innovationszulage umwandeln, um nachhaltige Unternehmensstrukturen statt verlängerter Werkbänke zu fördern. Ausgaben für Forschung und Entwicklung werden so steuerlich begünstigt. Für die Investitionsförderung steht im Korb 2 mit der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaft (GA) ein wirkungsgleiches aber anerkanntermaßen effizienteres und flexibleres Förderinstrument zur Verfügung. Die GA muss im jetzigen Umfang weitergeführt werden. Jedoch sollte die Ausgestaltung der GA stärker auf die Bedürfnisse kleinerer und mittlerer Unternehmen ausgerichtet werden.

Impuls Drei

Zukunftsfonds einrichten

Wir wollen aus Korb 2-Mitteln einen „Grünen Zukunftsfonds“ einrichten. Dieser steht für einen Philosophiewechsel in der Wirtschaftsförderung Ost. Ziel der Förderung muss es sein, die endogene, regionale Wirtschaftskraft zu aktivieren, neue Wertschöpfungsketten aufzubauen, die Chancen der demografischen Entwicklung zu ergreifen und regionale Akteure zu vernetzen.

Aus dem Fonds sollen innovative Ideen teilfinanziert und dadurch wirtschaftliche Impulse gegeben werden. Themenfelder einzelner förderfähiger Projekte könnten beispielsweise sein: nachhaltige Energiekonzepte, Ideen der Kreativwirtschaft, die Bedürfnisse älterer Menschen als Konsumenten, Zuwanderer oder Touristen, medizinische Versorgung im ländlichen Raum oder innovative Lösungen für die kommunale Daseinsvorsorge in einer schrumpfenden Gesellschaft.

Mit dem Grünen Zukunftsfonds soll das Kreativitätspotenzial vor Ort aktiviert und genutzt werden, so dass Antragsteller nicht ihre Kraft und Zeit in die Anpassung ihrer kreativen Ideen an Förderrichtlinien der Verwaltung verschwenden müssen. In einem Wettbewerbsverfahren werden durch eine Jury die zukunftsfähigsten und beispielgebenden Ideenskizzen ausgewählt. In einer zweiten Runde werden die ausgewählten Ideenskizzen zu regionalen Entwicklungskonzepten mit förderfähigen Projekten weiterentwickelt. Die positiven Erfahrungen aus Programmen wie InnoRegio, Regionen Aktiv oder LEADER-Projekten sollten in die Ausgestaltung des Grünen Zukunftsfonds einfließen.

Impuls Vier

Ein energieautonomes Ostdeutschland entwickeln

Bündnis 90/Die Grünen wollen mit einer ambitionierten grünen Wirtschafts- und Energiepolitik die wirtschaftlichen Potenziale einer ökologischen Modernisierung in Ostdeutschland nutzen. 100 Prozent erneuerbare Energieerzeugung in den nächsten Jahrzehnten ist unser Ziel. Die drei großen E's: Energieeinsparen, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien bieten aus unserer Sicht für die neuen Bundesländer die greifbarste und umfassendste Entwicklungsperspektive. Öffentliche Förderung in diesen Bereichen stimuliert regionale Wertschöpfung und macht die neuen Bundesländer unabhängig von Energieimporten, Preissprüngen und Monopolgewinnen der großen vier Energieversorgungsunternehmen. Wer den Osten von den teuren Energieimporten entlastet, der schafft eine Grundlage für neue wirtschaftliche und technologische Stärke.

Die Entwicklung der österreichischen Region Güssing zeigt, dass eine langfristig angelegte Energiestrategie zur Eigenversorgung in Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft einen immensen Wirtschaftsaufschwung anregen kann, wodurch viele nachhaltige Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Unser Impuls lautet daher: "In jedes Dorf ein kleines Heizkraftwerk". Die bisherigen Projekte sind über das außerordentliche Engagement Einzelner möglich geworden. Aber nicht überall sitzen solche "Verrückten". Ein Fonds „Energierregion Ostdeutschland“ soll helfen, lokale Initiativen zu unterstützen und zu vernetzen. Dabei sind oft innovative organisatorische Konzepte gefragt, etwa bei der Organisation des Übergangs von Einzelheizungen auf Nahwärme. Existierende Erfahrungen müssen auf jede Situation neu angepasst werden. Dies wollen wir gezielt fördern.

Neben den drei Säulen Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung werden wir Grüne am vereinbarten Atomausstieg und am Moratorium für den Neubau von Kohlekraftwerken festhalten und wenden uns gegen den Aufschluss neuer Braunkohletagebaue in Ostdeutschland.

Impuls Fünf

Versorgung mit Mikrokrediten verbessern

Zur Stärkung der Regionalwirtschaft setzen wir auf eine zielgruppenspezifische und konsistente Existenzgründungsförderung. Wir wollen geeignete Anreize setzen und die Rahmenbedingungen verbessern, um den Menschen in den neuen Bundesländern, die ihr berufliches Leben selbst bestimmen wollen, den Schritt in die Selbstständigkeit zu erleichtern. Ein wichtiges politisches Handlungsfeld sehen wir – nicht nur in Zeiten der Finanzkrise – in einem verbesserten Zugang zu Finanzierungs- und Fördermitteln. Aufgrund der geringeren Ausstattung mit Kapital, der extrem kleinteiligen Wirtschaftsstruktur und der hohen Anzahl der Gründungen aus Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland, haben in den neuen Bundesländern besonders viele GründerInnen und Kleinunternehmen Finanzierungsschwierigkeiten.

Wir wollen regionale Kooperationen zwischen Kreditinstituten und Gründungsinitiativen fördern. Mit neuen Produktkonzepten und stark prozessorientierten Methoden sowie intensiver flankierender Beratung des Kleinbetriebs schaffen es diese spezialisierten Anbieter, die Risikokosten zu senken und gleichzeitig den Unternehmenserfolg der Kreditnehmer zu steigern. Microlending bietet eine Finanzierungsquelle für startende und junge Unternehmen, die aufgrund mangelnder Sicherheiten und/oder zu geringen Kreditbedarfs keinen Zugang zu anderen Finanzierungsquellen, wie zum Beispiel Banken, haben. Wir wollen die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und den EFRE-Fonds für die Förderung von regionalen Kooperationsnetzwerken zwischen Banken und spezialisierten Gründungsfördereinrichtungen und für den Aufbau professioneller Organisationsstrukturen von Mikrofinanzinstituten in Ostdeutschland nutzen.

Gründungen von Frauen haben besondere Charakteristika. Gründerinnen gehen geringere Risiken ein. Ihre Unternehmen sind seltener auf schnelles Wachstum ausgelegt. Die Selbstständigkeit wird insbesondere in Ostdeutschland meist zum Weg aus der Arbeitslosigkeit oder als Wiedereinstieg nach längerer Familienzeit genutzt. Dabei gründen Frauen häufiger Solo-Unternehmen und in Teilzeit bzw. Nebenerwerb. Wir

wollen daher die Passfähigkeit von Förderprogrammen in Hinsicht auf frauenspezifische Gründungscharakteristika erhöhen und die Programme entsprechend weiterentwickeln; die Genderkompetenz in Förderinstitutionen und Banken und bei Entscheidungsträgern und Multiplikatoren stärken und Teilzeitgründungen und Gründungen aus dem Nebenerwerb gleichberechtigt fördern.

Impuls Sechs

Potenziale der Land- und Ernährungswirtschaft nutzen

Wir wollen die Wertschöpfungspotenziale der Land- und Ernährungswirtschaft in den Regionen nutzen. Eine hemmungslose Intensivierung der Produktion auf Kosten der Böden, der Umwelt und der Arbeitsplätze schadet dem Wirtschaftsstandort Ostdeutschland. Wir setzen deshalb auf eine ökonomisch und ökologisch zukunftsfähige Land- und Ernährungswirtschaft, die klima- und umweltschonend sowie beschäftigungsintensiv produziert. Dafür bedarf es eines konsequenten Umbaus der europäischen und nationalen Förderpolitik.

Wir wollen die pauschale Subventionierung landwirtschaftlicher Betriebe, die unabhängig vom realen Förderbedarf nach dem Gießkannenprinzip erfolgt, beenden. Denn die bestehende Praxis nimmt zu wenig Rücksicht auf den Erhalt unserer Böden, Gewässer, Arten und auf das Klima. Gleichzeitig vergrößert sie die Kluft zwischen landwirtschaftlichen Gunstgebieten und benachteiligten Gebieten und gefährdet damit den Erhalt einer flächendeckenden Landwirtschaft. Förderfähig dürfen deshalb nur noch die Erbringung klar benennbarer gesellschaftlicher Leistungen – wie die Schaffung neuer Einkommensperspektiven und Arbeitsplätze, Landschaftspflege, Umwelt- und Naturschutz sowie Qualifizierung und Bildung – oder der Aufbau selbsttragender Strukturen sein.

Einen besonderen Stellenwert genießt aus unserer Sicht der ökologische Landbau. Durch unzureichende Unterstützung umstellungswilliger Betriebe verlieren wir in diesem Bereich zunehmend Anteile an ausländische Firmen, die mittlerweile den

ständig wachsenden Markt bedienen. Deshalb wollen wir bessere und verlässlichere Rahmenbedingungen bei der Förderung des ökologischen Anbaus und eine deutliche Anhebung der Umstellungs- und Beibehaltungsprämien auf ein Niveau, das dem europäischen Durchschnitt in Ländern mit vergleichbaren Produktionskosten entspricht, schaffen.

Ein besonderes Problem im ostdeutschen Raum besteht in der geringen Wertschöpfung „vor Ort“: Die meisten ökologisch erzeugten Rohstoffe werden exportiert. Hier wollen wir den verarbeitenden Bereich durch besondere Förderprogramme deutlich ausweiten, damit die arbeitskraft- und wertschöpfungsintensive „Veredlung“ in der Region erfolgt. Gleichzeitig sollten Hochschulen mit Sitz in ländlichen Regionen Impulsgeber für den ökologischen Landbau werden. Durch den Aufbau von Kompetenzzentren können sie Forschung, Beratung, Weiterbildung und die Vermarktung vorantreiben.

Impuls Sieben

Flächendeckende Breitbandversorgung sicherstellen

Internetanbindung per DSL trägt zur Verbesserung der Lebensqualität auf dem Lande bei. Mobilitätseinschränkungen lassen sich so kompensieren, sei es beim Vermarkten, beim Einkaufen oder im Umgang mit Behörden. Fehlende Breitbandzugänge bedeuten für die betroffenen Regionen und ihre Kleinstbetriebe hingegen einen massiven Standortnachteil. Ohne schnellen Internetzugang werden Gemeinden und Regionen vom modernen Leben abgekoppelt. Ein Breitbandanschluss ist heute ebenso wichtig wie ein gut ausgebautes Straßennetz.

In Deutschland sind 2500 Gemeinden nicht oder nur unzureichend an das Breitbandnetz angeschlossen. Davon sind ca. drei Millionen Haushalte bzw. fast sechs Millionen Bürger betroffen. Insbesondere in den neuen Bundesländern mangelt es an Breitbandzugängen. Aufgrund der hohen Kosten in der Fläche wird die Schließung der Versorgungslücke nach Auskunft der Telekommunikationsbranche über den Markt allein in den kommenden Jahren nicht erfolgen. Für eine Verbesserung der wirtschaftlichen

Perspektiven und den Erhalt lebenswerter Strukturen in den ländlichen Gebieten Ostdeutschlands muss der Ausbau eines flächendeckenden Breitbandnetzes schnell vorangetrieben werden. Wir wollen eine flächendeckende Versorgung in den kommenden Jahren sicherstellen. Dazu muss der Breitbandatlas der Bundesregierung „vom Kopf auf die Füße gestellt“ werden: Wir brauchen einen Breitbandbedarfsatlas mit klaren Angaben, welche Gemeinden mit welchen Haushalten nicht angeschlossen sind und welche Versorgungsmöglichkeiten in der jeweiligen Region zur Verfügung stehen. Für die Akteure in unterversorgten Kommunen muss es verstärkt Informations- und Koordinationsangebote geben. Gleichzeitig setzen wir uns für eine Umschichtung der Bundesmittel für den Infrastrukturausbau zugunsten der Breitbandfinanzierung ein. Damit könnten in wenigen Jahren die Lücken im Netz geschlossen werden. Der finanzielle Aufwand ist begrenzt und überschaubar.

Wenn trotz dieser Anstrengungen eine flächendeckende Versorgung nicht innerhalb von zwei Jahren in Deutschland zu erreichen ist, sprechen wir uns dafür aus, die Breitbandversorgung in Anlehnung an das Telefon gesetzlich zum Universaldienst zu erklären. Die Schweiz ist hier bereits mit gutem Beispiel vorangegangen.

Impuls Acht

Bildungssoli einführen

Auch die Zukunft Ostdeutschlands hängt wesentlich von der Qualität und dem Umfang seines Bildungs- und Forschungssystems ab. Die skandinavischen Länder haben hier die Weichen bereits richtig gestellt. Die Finanzierung der Bildungsaufgaben ist bei uns in erster Linie Aufgabe der Bundesländer. Allerdings können sie diese finanzielle Herausforderung zurzeit nicht alleine stemmen. Daher ist auch der Bund gefordert, für eine zehnjährige Übergangsphase eine Finanzierungshilfe für bessere Bildung zu leisten. Die vom Bund investierten Mittel sollten sich dabei an einem modernen Investitionsbegriff ausrichten, der nicht nur Investitionen in Gebäude und Infrastruktur sondern auch in Menschen und ihre Fähigkeiten beinhaltet. Dazu gehört unter

anderem die Umsetzung eines Rechtsanspruchs auf einen qualitativ hochwertigen Kita-Platz ab dem ersten Lebensjahr und der schrittweise Abbau von Zugangshürden durch Elternbeiträge. Die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern soll bundeseinheitlich verbessert werden. Weiterhin wollen wir bis 2020 flächendeckend gebundene Ganztagschulen einführen und eine verstärkte individuelle Förderung aller Kinder und Jugendlichen umsetzen. Für Schulabbrecher wollen wir mehr Produktionsschulen einrichten und so die Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss deutlich senken. Mit einem neuen Hochschulpakt II wollen wir für mehr Studienplätze und eine bessere Lehre an den Hochschulen sorgen.

Zur Finanzierung stehen überschüssige Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag zur Verfügung. Überschüssig sind Teile der Einnahmen insofern, weil sie die konkreten Ausgaben des Bundes für den Solidarpakt bis 2019 übersteigen. Denn während die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag steigen, sieht der Solidarpakt II sinkende Leistungen an die ostdeutschen Bundesländer bis 2019 vor. Gegenwärtig fließen die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag allein dem Bund zu. Die große Koalition will diese überschüssigen Einnahmen zur Haushaltskonsolidierung verwenden. Die FDP will den Solidaritätszuschlag abschaffen. Wir wollen die Mittel für eine qualitativ hochwertige Bildungslandschaft einsetzen. Mit einem Teil der Überschüsse könnten so für Bildungszwecke bis 2019 rund 23 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Zur weiteren Finanzierung von ausreichender Bildungs- und Teilhabeinfrastruktur bleiben darüber hinaus grundlegende Finanzierungsquellen, welche auch nach 2019 tragen und zusätzliche Mittel flüssig machen, notwendig wie zum Beispiel Mehreinnahmen aus der Erbschaftssteuer.

Impuls Neun

Standortvorteil frühkindliche Bildung weiter ausbauen

Frühkindliche Förderung ist einer der wichtigsten Schlüssel zu mehr Chancengerechtigkeit. Gerade im Bereich der frühkindlichen Bildung haben die ostdeutschen Bundesländer wesentlich bessere Ausgangsbedingungen vorzuweisen als die westdeutschen. Diesen Standortvorteil gilt es offensiv zu vermarkten und auszubauen. Gerade in jungen Familien wollen beide Partner ihre Berufstätigkeit fortsetzen. Deshalb ist für sie ein gutes Angebot an Betreuungsplätzen ein wichtiger Faktor bei der Auswahl des Wohnorts. Der Ausbau und die qualitative Stärkung der frühkindlichen Bildung tragen dazu bei, jungen Frauen die gleichberechtigte Teilhabe an Berufswegen und Karrierechancen zu ermöglichen und so junge Familien in ihrer Region zu halten.

Wir Grüne fordern eine Qualitätsoffensive mit einem bundeseinheitlichen Qualitätssiegel für Kinderbetreuungseinrichtungen. Dieses muss Kriterien wie Gruppengröße, Personalschlüssel, Raum- und Sachausstattung genauso berücksichtigen wie pädagogische Qualität, Bildungsangebote und gesunde Mahlzeiten. Die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher muss grundlegend verbessert werden. Um Eltern in ihren Erziehungskompetenzen zu stärken, setzen wir uns für die Erweiterung von Kindertageseinrichtungen zu Eltern-Kind-Zentren ein. Damit Elternbeiträge sich nicht als Zugangshürden für Kinder aus einkommensschwachen Familien auswirken, müssen Elternbeiträge sozial gerecht gestaltet sein und schrittweise abgebaut werden.

Impuls Zehn

Effiziente Aus- und Weiterbildung gewährleisten

In Ostdeutschland misslingt zu vielen jungen Menschen der Übergang von der Schule in die Ausbildung. Sie werden zu oft in monate- und jahrelange Warteschleifen im Übergangssystem gezwungen. Diese Verschwendung von Talenten und Lebenszeit wollen wir beenden und mit unserem Konzept DualPlus das Recht auf Ausbildung

faktisch umsetzen. Jeder Jugendliche soll zukünftig nach der Schule eine anerkannte Berufsausbildung machen. DualPlus schafft ein flexibles Ausbildungssystem, das aus Modulen aufgebaut ist. In Zukunft müssen alle Angebote im Übergangssystem zertifizierbar und auf eine spätere betriebliche Ausbildung anrechenbar sein. Mit unserem Konzept DualPlus schaffen wir die Voraussetzungen dafür. Es schafft ein flexibles Ausbildungssystem, das aus Modulen aufgebaut ist. Die weiterhin verpflichtende Kammerabschlussprüfung gewährleistet dabei die Beibehaltung des Berufsprinzips.

Um mehr Lehrstellen anbieten zu können, wollen wir die klassische Ausbildung in Berufsschule und Betrieb durch eine Ausbildung nach dem dualen Prinzip ergänzen. Dazu wollen wir die in Ostdeutschland oft schon vorhandenen überbetrieblichen Ausbildungszentren als dritten Lernort stärker in die Ausbildung einbeziehen. Dies ermöglicht es auch kleineren und mittleren Unternehmen, sich besser an der Ausbildung zu beteiligen, da sie nur einige Praxismodule der Ausbildung übernehmen müssen. Weitere Module werden von Berufsschulen und überbetrieblichen Ausbildungszentren angeboten.

Lebenslanges Lernen wird immer mehr zur Grundlage für die Innovationskraft der Wirtschaft wie auch die Teilhabe jedes und jeder Einzelnen am Arbeitsprozess. Die Menschen müssen aber ihren Lebensunterhalt bestreiten können, wenn sie noch einmal Teilzeit oder gar Vollzeit ins Lernen einsteigen. Dafür brauchen wir eine umfassende Bildungsförderung. Wir setzen uns besonders für das Bildungssparen und das „Erwachsenen-BAföG“ ein.

Das Bildungssparen setzt insbesondere für einkommens- und vermögensschwache Bevölkerungsgruppen finanzielle Anreize dafür, einen Teil ihres Einkommens in lebenslanges Lernen zu investieren. Dafür wollen wir das Vermögensbildungsgesetz weiter öffnen, als die Bundesregierung es tut und die bisherige Wohnungsbauprämie nutzen. Geringverdiener werden auch bei sehr niedriger Eigenleistung schon volle Förderung erhalten. Dadurch wollen wir einen Mentalitätswechsel unterstützen und das Bewusstsein fördern, dass sich das Sparen für Bildung für jede und jeden lohnt.

Durch das Erwachsenen-BAföG sollen diejenigen komplett gefördert werden, die im Erwachsenenalter einen ersten schulischen Abschluss nachholen. Wer einen beruflichen Abschluss nachholt oder in der Lebensmitte ein Studium aufnimmt, wird durch einen individuellen Mix aus Zuschüssen und Darlehen unterstützt.

Impuls Elf

Exzellenzinitiative auf die Lehre ausweiten

Die Studienbedingungen an vielen ostdeutschen Universitäten und Fachhochschulen sind überdurchschnittlich. Diese Stärke wollen wir gezielt ausbauen, damit mehr Studienanfänger die Chance wahrnehmen, im Osten zu studieren. Zu den Alleinstellungsmerkmalen der Ostdeutschen Hochschulen gehören die Freiheit von Studiengebühren, eine häufig bessere Betreuungsrelation als im Westen sowie eine familienfreundlichere Infrastruktur.

Wir wollen die Exzellenzinitiative um einen Wettbewerb für exzellente Lehre ergänzen. Die ostdeutschen Hochschulen haben eine hervorragende Ausgangsbasis, um bei einem solchen Wettbewerb gut abzuschneiden. Eine stärkere bundesweite Aufmerksamkeit für Lehre, würde daher dem Osten einen wichtigen Impuls geben und die Chance bieten, seine Attraktivität für Studierende bundesweit besser kommunizieren zu können.

Des Weiteren schlagen wir eine verbindliche Teilnahme aller Hochschulen an einem Serviceangebot für die Hochschulzulassung vor: Die dadurch optimierten Informations-, Bewerbungs- und Auswahlprozesse für alle Studienangebote bundesweit führen zu einer effizienteren Auslastung der vorhandenen, freien Studienplätze. Davon würde der Osten besonders profitieren, denn gerade dort bleiben Studienplätze aufgrund des bundesweiten Bewerbungs- und Zulassungswirrwarrs häufig unbesetzt.

Darüber hinaus wollen wir besonders familienfreundliche Studienangebote und Wissenschaftsbedingungen etablieren, zum Beispiel durch ein umfassendes Angebot an Teilzeitstudienplätzen und Hochschuleigenen Kinderbetreuungseinrichtungen. Damit würden Hochschulen, als Leuchttürme, die Attraktivität der Region steigern und damit auch für einen kontinuierlichen Zuzug junger Menschen sorgen.

Impuls Zwölf

Frauen was bieten zu bleiben

Zu viele hochqualifizierte Frauen wandern ab. Damit gehen dem Osten Kreativität, Wachstum und Beschäftigung verloren. Wir wollen Frauen vielversprechende Perspektiven und faire Chancen im ostdeutschen Wissenschaftssystem bieten, damit sie herkommen und/oder bleiben.

Der Wettbewerb der Hochschulen im Rahmen des Professorinnenprogramms von Bund und Ländern hat gerade bewiesen: viele ostdeutsche Hochschulen haben gute Gleichstellungskonzepte. Diese wollen wir stärken und finanziell unterfüttern und mit Mentorinnenprogrammen ergänzen. Diejenigen, die für ihre chancengerechten und verbindlichen Strukturen prämiert werden, sollen zusätzliche Mittel erhalten. Diese können sie verwenden, um auf der Ebene der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen zusätzliche Stellen zu schaffen, Frauen im Mittelbau attraktive Angebote machen zu können, die Vernetzung bei der Gleichstellungsarbeit zu fördern und die Gleichstellung durch mehr „Doppelkarriereförderung“ zu unterstützen.

Wir setzen uns für konkrete Steigerungsquoten ein, die in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen den Ländern und den Hochschulen verankert werden. Die Zielvereinbarungen müssen gewährleisten, dass innerhalb eines angemessenen Zeitraums ein Anteil von mindestens 40 Prozent jedes Geschlechts auf allen Ebenen und in allen Fachbereichen erreicht wird. Als Modell für Steigerungsquoten sollte das Kaskadenmodell angewendet werden. Dabei muss auf der jeweils nächst höheren Führungs- oder Qualifikationsstufe bis zu einem festzusetzenden Termin ein jeweils so hoher

Frauenanteil erreicht werden, wie auf der vorangehenden Ebene beschäftigt ist.

Außerdem wollen wir Frauen als spezielle Zielgruppe mit interdisziplinären Angeboten jenseits der typischen Frauenfächer gewinnen. Zum Beispiel könnten Ingenieurwissenschaften mit Kompetenzen im Bereich Marketing, Recht, Wirtschaft verknüpft werden.

Impuls Dreizehn

Demokratie stärken

Gut ausgebildete, hoch qualifizierte Menschen haben oft die Wahl zwischen verschiedenen Jobangeboten. Neben der Attraktivität der Aufgabe, Karriereperspektiven und Entlohnung gewinnen weiche Standortfaktoren eine zunehmende Bedeutung bei der Arbeitsplatzwahl. Gerade in Regionen jenseits der Ballungsräume lassen sich hochqualifizierte MitarbeiterInnen nur gewinnen bzw. halten, wenn eine offene und tolerante Atmosphäre herrscht, wenn eine entsprechende soziale und kulturelle Infrastruktur vorgehalten wird, wenn kultureller Austausch möglich ist und kreative bürgerschaftliche Potenziale genutzt werden können.

Rechtsextreme Gewalttaten, NPD-Wahlerfolge und Alltagsrassismus schrecken Zuwanderer ab und prägen das Image Ostdeutschlands im schlimmsten Fall stärker als Berichte über ostdeutsche Leuchttürme und Wachstumskerne. Zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus aktivieren demokratische Kräfte, beraten fachkundig, helfen Opfern und werben öffentlich für mehr Vielfalt, Offenheit und Toleranz. Damit wirken sie langfristig präventiv in die Gesellschaft hinein und können rechtsextremen Haltungen die Grundlage entziehen. Für ihre Arbeit brauchen sie solide und dauerhafte Unterstützung. Bund, Länder und Kommunen müssen sich an Förderprogrammen beteiligen. Wir wollen diese so strukturieren, dass sie Gleichberechtigung zwischen Trägern und staatlichen Verwaltungen gewährleisten sowie Antragsbürokratie und Kofinanzierungshürden gering halten.

Wir wollen die politischen Entscheidungsträger in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Herausforderungen stärken. Der zunehmenden Verankerung von Rechtsextremen in Kommunal- und Landesparlamenten während der letzten Jahre muss entschlossener als bisher begegnet werden. Das beginnt mit einer selbstbewussten demokratischen Landes- und Kommunalpolitik, die eigene Positionen offensiv in Abgrenzung zu rechtsextremen Parolen vermittelt. Für die Stärkung einer solchen selbstbewussten demokratischen Kultur gilt es zuallererst die demokratischen Akteure selbst zu ermuntern und zu ermutigen. Noch immer mangelt es vielerorts an Sensibilität und Hintergrundwissen zu rechtsextremen Strategien oder Codes, noch immer herrscht große Unsicherheit, wenn Rechtsextreme öffentliche Räume vereinnahmen wollen oder in den Gemeinderat Vertreter entsenden. Wir setzen uns für ein Programm in Anlehnung an das „Community Coaching“ des Berliner Zentrums für demokratische Kultur ein. In einer Aufklärungsoffensive für kommunalpolitisch Aktive sollen Problemfelder benannt und konkrete Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Ziel eines solchen „Community Coaching“ ist zudem die Förderung lokaler und regionaler Netzwerke gegen Rechts, bei denen die Zivilgesellschaft weitestgehend eingebunden wird.

Impuls Vierzehn

Neue Formen Bürgerschaftlichen Engagements entwickeln

Traditionelle Beteiligungsformen finden in den neuen Ländern weniger Resonanz. Es ist eine Besonderheit Ostdeutschland, dass sich Menschen weniger als in Westdeutschland aus eigener Initiative bürgerschaftlich engagieren. Gewachsene Engagementstrukturen sind seltener. Häufig fehlt hierfür die infrastrukturelle Ausstattung. Weil wir in der individuellen Bereitschaft eine Chance für die Stärkung der Zivilgesellschaft sehen, wollen wir Beteiligungsinstrumente in Form direkter Demokratie ausbauen, beispielsweise durch Bürgerhaushalte, bei denen die Bürgerinnen und Bürger über den Haushalt ihrer Kommune abstimmen. Mit einer verstärkten Unterstützung

des Stiftungswesens wollen wir privates und ehrenamtliches Engagement initiieren und ermuntern und vorhandene bürokratische Hürden abbauen. Darüber hinaus setzen wir uns aber auch für eine Förderung und Stärkung der zivilgesellschaftlichen Infrastruktur und der Partizipation von Jung und Alt ein.

Um den Diskussionsprozess vor Ort zu befruchten und vorhandene Ressourcen zu bündeln, möchten wir in einem Modellprojekt die Ausbildung, Begleitung und Vernetzung von 100 ehrenamtlichen Engagementpaten finanzieren. Engagementpaten sind Freiwilligenagenturen im Kleinen. Als Multiplikatoren unterstützen sie die professionelle Infrastruktur, beraten und motivieren Freiwillige, Initiativen und Vereine in ihren Aktivitäten. Sie können gerade im ländlichen Raum wirken und dort Netzwerke etablieren, wo es in der Regel wenig zivilgesellschaftliche Infrastrukturen gibt.

Impuls Fünfzehn

Strukturelle und finanzielle Hindernisse bei der Kulturförderung überwinden

Mit gezielten Maßnahmen wollen wir Kreativität und breiten kulturellen Teilhabemöglichkeiten einen verlässlichen Rahmen bieten. Klar ist dabei: Kultur muss von steigenden Steuereinnahmen profitieren! Der sture Verweis auf Pro-Kopf-Förderquoten droht den kulturellen Potenzialen der neuen Länder immer weniger gerecht zu werden und erschwert kulturelle Zugänge gerade in ländlichen Regionen zusehends. Eine Kulturförderung, die ausschließlich auf den direkten Zusammenhang von Einwohnerzahl und Kulturangebot abstellt, bedroht immer mehr regionale Kulturangebote. Hinzukommt, dass in den neuen Bundesländern eine wesentliche Säule der Kulturfinanzierung – Sponsoringgelder und privates Engagement – kaum Stützfunktion entfaltet. Mäzenatentum ist kaum bekannt und selbst der Erhalt sakraler Bauwerke und kirchlicher Kulturangebote steht angesichts niedriger Kirchenmitgliedschaftszahlen vor großen Herausforderungen.

Die Struktur der öffentlichen Förderung gehört auf den Prüfstand: Kultur braucht und entwickelt Freiräume, doch gerade neue und innovative Ideen stoßen an die Grenzen starrer Förderungskataloge. Hier gilt es aus traditionellen Mustern auszubrechen und neue Ansätze, die noch über eine schwache Lobby verfügen, zu honorieren und zu fördern. Kulturmobilien, Bücherbusse, die Entwicklung von Schulen als Gemeinschaftszentrum oder Gastspiele von Orchestern, Musikgruppen und Theatern und die Erleichterung kultureller Zwischennutzung von leerstehenden Gebäuden und Brachflächen können einen entscheidenden Beitrag für einen breiten Zugang zu kulturellen Angeboten leisten.

Als ein geeignetes gesetzliches Instrument mit dem kulturelle Infrastruktur in der Breite abgesichert werden kann, erachten wir das Sächsische Kulturraumgesetz. Mit dem 1993 eingeführten Gesetz wird Kulturpflege mit einem fairen Verteilungsschlüssel zur Pflichtaufgabe der Gemeinden und Landkreise gemacht und entzieht sich damit dem Status einer Verhandlungsmasse nach Haushaltslage. Gleiches gilt für Bibliotheken, die in den Kommunalverfassungen endlich als Pflichtaufgabe festgeschrieben werden müssen.

Außerdem setzen wir uns perspektivisch für eine bessere Ausstattung des Fonds Neue Länder der Bundeskulturstiftung ein, um dem Abwärtstrend der Kulturfinanzierung in den neuen Ländern von Bundesebene entgegenzutreten. Denn es sind gerade die gemeinnützigen Vorhaben und regionalen Kulturinitiativen, die vor Ort unverzichtbare Basisarbeit leisten.

Berlin, im Dezember 2008